

Antrag 71/II/2025

SPDqueer Berlin LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wo queere Menschen verfolgt werden, ist es nicht sicher!

1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Bundesrats werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass kein Land, in denen einvernehmliche homosexuelle Handlungen unter Strafe stehen, zu einem sicheren Herkunftsstaat erklärt wird. Sie werden insbesondere aufgefordert, die Aufnahme von Algerien, Marokko und Tunesien auf die Liste sicherer Herkunftsstaaten abzulehnen und sich für eine Streichung von Senegal und Ghana von dieser Liste einzusetzen. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierungen werden aufgefordert, sich für ein entsprechendes Abstimmungsverhalten ihrer Länder im Bundesrat einzusetzen.

14

Begründung

16 Gemäß Artikel 16a Absatz 3 des Grundgesetzes können durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrats bedarf, Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Stammen Geflüchtete aus einem solchen sicheren Herkunftsstaat, so wird grundsätzlich vermutet, dass sie keiner Verfolgung ausgesetzt sind.

26

27 Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD auf Bundesebene wurde vereinbart, die Liste der sicheren Herkunftsstaaten zu erweitern, unter anderem durch Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als „sicher“.

31

32 In allen drei Staaten werden einvernehmliche gleichgeschlechtliche Handlungen strafrechtlich verfolgt. Gleiches gilt für Senegal und Ghana, die bereits als sichere Herkunftsstaaten eingestuft sind.

36

37 In Ländern, in denen Homosexualität verboten ist, kann nicht davon ausgegangen werden, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Eine entsprechende Einstufung solcher Länder ist abzulehnen.

42

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

In Ergänzung und Bekräftigung der Beschlusslage werden die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Bundesrats aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass kein Land, in denen einvernehmliche homosexuelle Handlungen unter Strafe stehen, zu einem sicheren Herkunftsstaat erklärt wird. Sie werden insbesondere aufgefordert, die Aufnahme von Algerien, Marokko und Tunesien auf die Liste sicherer Herkunftsstaaten abzulehnen und sich für eine Streichung von Senegal und Ghana von dieser Liste einzusetzen. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierungen werden aufgefordert, sich für ein entsprechendes Abstimmungsverhalten ihrer Länder im Bundesrat einzusetzen.